

Satzung des "Saarländischen Berufsverbandes der Landschafts- ökologinnen und -ökologen e.V." (SBdL)

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

Der Verband führt den Namen "Saarländischer Berufsverband der Landschaftsökologinnen und -ökologen e.V.", Abkürzung SBdL. Er hat seinen Sitz in Saarbrücken und ist beim Amtsgericht Saarbrücken in das Vereinsregister (Nr. 3698) eingetragen. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben

- 2.1 Der SBdL ist ein Berufsverband. Er versteht sich als freiwilliger Zusammenschluß von in der Landschaftsökologie tätigen natürlichen Personen im Saarland nach Maßgabe des § 3 der Satzung.
- 2.2 Der SBdL dient der Wahrnehmung der fachlichen Belange und der Vertretung der beruflichen Interessen der Gesamtheit seiner Mitglieder.
- 2.3 Der SBdL ist konfessionell und parteipolitisch neutral und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.
- 2.4 Der SBdL verfolgt folgende Aufgaben:
 - a) Vertretung der beruflichen Interessen seiner Mitglieder in der Öffentlichkeit, Verwaltung, Wirtschaft, bei Körperschaften sowie bei Vertretungen anderer Berufe.
 - b) Förderung von Forschung und Lehre im Bereich der Landschaftsökologie sowie der Umsetzung der wissenschaftlichen Ergebnisse in die Praxis.
 - c) Anregung, Festlegung und Fortschreibung von Methoden und Mindestqualitätsstandards für Erhebungen, Untersuchungen und Gutachten im Feld der Landschaftsökologie.
 - d) Förderung der beruflichen Fortbildung im Fachgebiet der Landschaftsökologie durch die Durchführung wissenschaftlicher, praxisorientierter sowie berufsständischer Veranstaltungen bzw. Beteiligung an solchen Veranstaltungen.
 - e) Abgabe von Stellungnahmen in Öffentlichkeit und Medien.
 - f) Vermittlung zur Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Mitgliedern sowie zwischen diesen und Dritten ergeben.
 - g) Zusammenarbeit mit Vereinigungen, die vergleichbare Ziele verfolgen. Die Wahrnehmung weiterer Aufgaben kann von den Organen des Verbandes beschlossen werden.

§ 3 Mitgliedschaft

- 3.1 In den Verband können auf Antrag aufgenommen werden:
 - 1) als ordentliche Mitglieder:
 - a) alle in der Landschaftsökologie tätigen natürlichen Personen, die die Abschlußprüfung einer anerkannten Ausbildungsstätte (Universität, Fachhochschule) bestanden haben und deren berufliche Tätigkeit dem in § 4 definierten Aufgabenfeld entspricht.
 - b) alle in der Landschaftsökologie tätigen natürlichen Personen, soweit sie in leitender Stellung oder selbständig mindestens fünf Jahre landschaftsökologische Aufgaben erfüllt haben und somit aufgrund ihrer Erfahrungen dem Personenkreis nach 1)a) zugerechnet werden können.

- 2) als außerordentliche Mitglieder:
Studierende an einer anerkannten Ausbildungsstätte wie unter 1)a) beschrieben bis zum Abschluß des Studiums.
 - 3) als Ehrenmitglieder:
natürliche Personen, die sich um die Förderung der Ziele des Berufsverbandes oder in Erfüllung ihrer beruflichen Aufgaben besondere Verdienste erworben haben. Sie werden auf Vorschlag des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit der Anwesenden zu Ehrenmitgliedern ernannt.
- 3.2 Der Antrag auf Mitgliedschaft (Beitrittserklärung) ist schriftlich zu stellen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Gegen den ablehnenden Beschluß des Vorstandes kann die Entscheidung der Mitgliederversammlung beantragt werden. Diese entscheidet endgültig mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem ersten Tag des Monats, in dem über den Aufnahmeantrag entschieden wird. Jedes Mitglied erhält eine Aufnahmebestätigung und die Satzung.
- 3.3 Ein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.
- 3.4 Die Mitgliedschaft endet durch:
- a) Tod
 - b) Kündigung
- die Kündigung ist schriftlich beim Vorstand unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Jahresschluß zu erklären -
 - c) Ausschluß
- der Ausschluß kann durch einstimmigen Beschluß des Vorstandes erfolgen, wenn
 - 1) die für den Beitritt notwendigen satzungsgemäßen Voraussetzungen wegfallen
 - 2) grobe oder wiederholte Verstöße gegen die Satzung festgestellt werden, oder wenn die Mitgliedsbeiträge trotz wiederholter Aufforderung länger als zwei Jahre nicht bezahlt sind -
 Der/dem Betroffenen steht das Recht der Beschwerde an die Mitgliederversammlung zu, die dann endgültig durch einfache Mehrheit über den Ausschluß entscheidet.

§ 4 Aufgabenfeld der Landschaftsökologinnen und Landschaftsökologen

Das Aufgabenfeld der Landschaftsökologinnen und Landschaftsökologen umfaßt:

- a) die Analyse und Beurteilung des Zustandes des Naturhaushaltes
- b) die Beurteilung der Auswirkungen von Eingriffen in den Naturhaushalt
- c) die Konzeption und/oder Planung von Maßnahmen zur Vermeidung und/oder Minimierung von negativen Einflüssen auf den Naturhaushalt
- d) die Konzeption und/oder Planung von Maßnahmen zur Stabilisierung und Wiederentwicklung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes
- e) die Grundlagenforschung.

§ 5 Mittel des Verbandes

- 5.1 Die Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält der Verband durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und sonstige Zuwendungen.
- 5.2 Der Beitrag für die Mitglieder wird durch Beschluß der Mitgliederversammlung festgesetzt. Ehrenmitglieder sind beitragsfrei. Die Mitgliedsbeiträge sind im 1. Quartal des Geschäftsjahres zu entrichten. Zu Beginn einer Mitgliedschaft ist der volle Jahresbeitrag innerhalb von 8 Wochen nach Beitritt zu entrichten.
- 5.3 Bei Austritt oder Ausschluß von Mitgliedern oder bei der Auflösung des Verbandes bestehen keine Ansprüche auf bezahlte Beiträge, Spenden oder

sonstige Zuwendungen an den Verband.

§ 6 Organe des Verbandes

- 6.1 Die Organe des Verbandes sind:
 - a) die Mitgliederversammlung
 - b) der Vorstand
 - c) die Arbeitsausschüsse
- 6.2 Die Mitglieder des Vorstandes sowie die Leiter der Arbeitsausschüsse bleiben bis zur Neuwahl im Amt.
- 6.3 Sämtliche Mitglieder des Vorstandes und der Arbeitsausschüsse sind ehrenamtlich tätig. Reisekosten und bare Auslagen werden nach Beschluß des Vorstandes vergütet.
- 6.4 Über jede Sitzung der Organe sind Niederschriften anzufertigen und von der/dem jeweiligen Protokollführerin/Protokollführer zu unterzeichnen. Die Protokolle sind für die Mitglieder einsehbar.

§ 7 Mitgliederversammlung

- 7.1 Die Mitgliederversammlung besteht aus den Mitgliedern des Verbandes und ist oberstes beschlußfassendes Organ. Ihre Beschlüsse sind für alle Verbandsmitglieder bindend. Nur sie hat das Recht, gefaßte Beschlüsse wieder abzuändern oder aufzuheben.
- 7.2 Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:
 1. Wahl der Versammlungsleiterin/des Versammlungsleiters
 2. Wahl der Protokollführerin/des Protokollführers
 3. Wahl des Vorstandes
 4. Bestellung der Kassenprüferinnen/Kassenprüfer
 5. Bildung von Arbeitsausschüssen
 6. Beschlußfassung über:
 - a) Kassenführung/Haushaltsplan
 - b) Entlastung des Vorstandes
 - c) Satzungsänderungen
 - d) Anträge und Anfragen
 - e) Höhe der Mitgliederbeiträge
- 7.3 In jedem Geschäftsjahr findet mindestens eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Sie ist durch den Vorstand mit einer Frist von vier Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich einzuberufen. Die Tagesordnung muß folgende Punkte umfassen:
 - a) Wahl der Versammlungsleiterin/des Versammlungsleiters
 - b) Wahl der Protokollführerin/des Protokollführers
 - c) Genehmigung der Niederschrift der letzten Mitgliederversammlung
 - d) Jahresbericht über die Tätigkeit des Verbandes
 - e) Rechnungs- und Kassenbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr
 - f) Bericht der Kassenprüferinnen/Kassenprüfer
 - g) Entlastung des Vorstandes
 - h) Wahl des Vorstandes (alle zwei Jahre)
 - i) Wahl der Kassenprüferinnen/Kassenprüfer
 - j) Genehmigung des Haushaltsplanes für das kommende Geschäftsjahr
 - k) Anträge, Anfragen und sonstige Wahlen
 - l) Verschiedenes

- 7.4 Anträge von Mitgliedern zur Tagesordnung sind spätestens 14 Tage vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich einzureichen und müssen dann in die Tagesordnung aufgenommen werden. Spätere Vorschläge zur Tagesordnung können nur noch von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit zugelassen werden.
- 7.5 Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand unverzüglich in schriftlicher Form einzuberufen:
- a) auf Beschluß des Vorstandes, insbesondere wenn dies das Interesse des Verbandes erfordert.
 - b) wenn dies mindestens 20% aller Mitglieder beim Vorstand unter Angabe der Tagesordnung schriftlich beantragen.
- 7.6 Gäste können zur Mitgliederversammlung zugelassen werden. Hierüber entscheidet die Mitgliederversammlung.
- 7.7 Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens 20% der ordentlichen Mitglieder anwesend sind. Wird diese Zahl nicht erreicht, so ist unmittelbar eine neue Mitgliederversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der ordentlichen Mitglieder beschlußfähig ist.
- 7.8 Die Mitgliederversammlung beschließt im allgemeinen mit einfacher Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder, sofern diese Satzung nicht eine andere Mehrheit verlangt. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Bei Wahlen ist bei Stimmgleichheit eine Stichwahl erforderlich. Satzungsänderungen bedürfen der 2/3-Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.
- 7.9 Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.
- 7.10 Alle Abstimmungen und Wahlen erfolgen in offener Form, es sei denn, daß mindestens ein Mitglied geheime Wahl beantragt.

§ 8 Vorstand

- 8.1 Der Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern:
- a) 1. und 2. Vorsitzende/Vorsitzender
 - b) Schatzmeisterin/Schatzmeister
 - c) Schriftführerin/Schriftführer
 - d) 3 Beisitzerinnen/Beisitzer
- 8.2 Vorstand im Sinne von § 26 BGB ist die/der 1. und 2. Vorsitzende. Das Vertretungsrecht kann jeweils von einer/einem der beiden Vorsitzenden wahrgenommen werden.
- 8.3 Die Vorstandsmitglieder werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Vorstandsmitglieder bleiben im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist. Wiederwahl ist zulässig.
- 8.4 Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, muß innerhalb von 8 Wochen durch die Mitgliederversammlung für den Rest der Amtszeit eine Nachfolgerin/ein Nachfolger gewählt werden.
- 8.5 Für den Vorstand sind nur ordentliche Mitglieder wählbar.
- 8.6 Die Vorstandsmitglieder müssen jeweils geschäftsfähige Personen sein.
- 8.7 Der Vorstand führt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung durch und besorgt die laufende Vereinsführung. Die Aufgabenteilung wird durch eine Geschäftsordnung geregelt, die sich der Vorstand gibt.
- 8.8 Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens vier Vorstandsmitgliedern erforderlich, wobei zumindest ein Mitglied des Vorstandes nach § 8.2 anwesend sein muß.
- 8.9 Die Leiterinnen/Leiter der Arbeitsausschüsse werden zu den Vorstandssitzungen eingeladen und haben in diesen Rederecht.

§ 9 Arbeitsausschüsse

- 9.1 Zur Unterstützung des Vorstandes oder zur Durchführung bestimmter Aufgaben kann die Mitgliederversammlung Arbeitsausschüsse bilden. In diese Ausschüsse können Verbandsmitglieder sowie sonstige sachkundige Personen berufen werden.
- 9.2 Die Arbeitsausschüsse wählen aus ihrer Mitte eine Leiterin/einen Leiter.

§ 10 Kassenprüferinnen/Kassenprüfer

- 10.1 Die ordentliche Mitgliederversammlung wählt jeweils zwei Kassenprüferinnen/Kassenprüfer. Hierfür können nur ordentliche Mitglieder gewählt werden, die nicht dem Vorstand angehören. Wiederwahl ist zulässig.
- 10.2 Die Kassenprüferinnen/Kassenprüfer legen der ordentlichen Mitgliederversammlung den Rechnungs- und Kassenprüfungsbericht vor und schlagen gegebenenfalls die Entlastung des Vorstandes vor.

§ 11 Auflösung des Berufsverbandes

- 11.1 Die Auflösung des Verbandes erfolgt durch Beschluß der Mitgliederversammlung, die eigens zu diesem Zweck einzuberufen ist. Der Auflösungsbeschluß bedarf der 3/4 Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.
- 11.2 Im Falle der Auflösung beschließt die letzte Mitgliederversammlung über die Verwendung des Vermögens des Verbandes. Eine Rückführung des Vermögens an die Mitglieder bleibt ausgeschlossen.

§ 12 Inkrafttreten der Satzung

Vorstehende Satzung wurde von der Mitgliederversammlung am 21.02.1991 beschlossen und in der Mitgliederversammlung vom 04.05.1994 geändert. Sie tritt mit Beschlußfassung dieser Satzung in Kraft.

§ 13 Teilungültigkeit der Satzung

Sollten Bestimmungen der Satzung ganz oder teilweise ungültig sein, so wird hierdurch die Gültigkeit der Satzung im übrigen nicht berührt.